

Zeitschrift: Bauen, Wohnen, Leben
Herausgeber: Bauen, Wohnen, Leben
Band: - (1958)
Heft: 34

Rubrik: Emil Klöti über Zürichs Zukunft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Emil Klöti über Zürichs Zukunft

Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben

Zur Regionalplanung: Referat von alt Ständerat Dr. E. Klöti an der Generalversammlung der Zürcher Planungsgruppe Glattal

Die «Landflucht»

Sie wissen, daß wegen der Beschränktheit des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens vor allem der landwirtschaftliche Nachwuchs der Gebirgsgegenden gezwungen war, in fremde Kriegsdienste zu treten oder auszuwandern oder in nichtlandwirtschaftlichen Berufen Arbeit und Brot zu suchen. Dieser Prozeß hat sich in der neueren Zeit verschärft. Einmal weil sich auch der landwirtschaftliche Betrieb rationalisiert und mechanisiert; es werden ja heute annähernd 100 000 Traktoren und Motormäher in der Landwirtschaft verwendet, um Arbeitskräfte zu ersparen. Vor allem aber führt die gewaltige Entwicklung von Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, die ich in meinen weiteren Ausführungen kurz als «Industrialisierung» bezeichnen werde, zur Inanspruchnahme von immer mehr Land. Da es sich dabei fast immer um

kultivierbares Land in der Ebene handelt, hat diese Ausdehnung eine stete Verminderung des landwirtschaftlich beworbenen Bodens zur Folge. Es ist ja auch klar, daß die im Laufe eines Jahrhunderts von 2,5 Millionen auf 5,0 Millionen gewachsene Bevölkerung bedeutend mehr Boden als Lebensraum benötigt.

Im Kanton Zürich haben diese Faktoren bewirkt, daß von 1888 bis 1950 die landwirtschaftliche Bevölkerung um 25 Prozent abnahm, und daß ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung in der gleichen Zeit von 38 Prozent auf 18 Prozent zurückging.

Diese strukturelle Aenderung in der Zusammensetzung unseres Volkes, Abnahme der landwirtschaftlichen und Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, wird sich unzweifelhaft fortsetzen. Sie würde nur aufhören, wenn keine weitere Industrialisierung unseres Landes mehr erfolgen würde. Das will niemand ernstlich, auch nicht die Landwirtschaft. Denn unseren Wohlstand verdanken wir vor allem der Industrialisierung. Ohne ihren Fortbestand und ihre Weiterentwicklung wäre es nicht möglich, der wachsenden Bevölkerung im Lande selbst genügend Beschäftigung zu bieten. Die Landwirtschaft könnte den Ueberfluß ihres Wachstums nicht mehr an andere Erwerbszweige abgeben, und der Staat wäre weniger imstande, sie gegen die ruinöse Konkurrenz großer Agrarstaaten zu schützen. Nur eine schwere Wirtschaftskrise mit ihren bedenklichen Wirkungen wäre imstande, den Prozeß der Industrialisierung zum Stillstand zu bringen: Wir hoffen alle, daß wir davor bewahrt werden.

Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben!

Will man der großen wirtschaftlichen Vorteile der Industrialisierung nicht entsagen, so muß man ihre Nachteile, bestehend in der Abnahme des landwirtschaftlich benutzbaren Landes und in der größeren wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Weltmarkt, in Kauf nehmen. Durch Bodenmeliorationen in vernünftigem Ausmaß – hoffentlich nie durch Vergrößerung des Waldbestandes – sowie durch die Vorschriften über den bäuerlichen Grundbesitz können wir diese Nachteile etwas mildern, nicht aber beseitigen.

Es ist zu bezweifeln, daß die Industrialisierung einen kulturellen Fortschritt bedeutet, und es ist daher begreiflich, daß sie vielen unsympathisch ist. Aber sie ist eine Entwick-

lung, die sich unbekümmert um unsere Sympathie oder Antipathie in der freien Wirtschaft mit der Kraft einer Naturgewalt fortsetzt. Nichts wäre törichter, als wenn man sie aus Antipathie ignorieren – den Kopf in den Sand stecken wollte. Es ist im Gegenteil unsere Pflicht, der

Realität ins Auge zu schauen

und alles zu tun, um ihre Vorzüge zu verstärken und ihre Nachteile zu verringern.

Dabei stoßen wir auf das Problem der

Verstädterung

Mit Unbehagen verfolgt man heute das starke Wachstum der Städte, für das man das häßliche Wort «Verstädterung» erfunden hat. Man wünscht, daß ihr entgegengewirkt werde, von der richtigen Auffassung ausgehend, daß sich auf dem Lande und in der kleinen Stadt ein gesunder Nachwuchs leichter heranziehen läßt als in der Großstadt. Man ruft nach Dezentralisation der Siedlung, besonders auch nach Satellitenstädten. Die Forderung ist sympathisch und verdient Unterstützung. Bis heute war ihr aber, wie überall im In- und Ausland, so auch in Zürich, kein spürbarer Erfolg beschieden. Das ist nicht verwunderlich, denn ein Erfolg kann nur erwartet werden, wenn die Faktoren, die zur Verstädterung führen, geschwächt werden. Diese Faktoren sind psychologischer und wirtschaftlicher Natur. Manche junge Leute finden das Leben in der Stadt mit ihren Vergnügungstätten und ihren Sensationen anziehend und hoffen, dort angenehmer leben zu können. Aber Enquêtes, die in ausländischen Städten durchgeführt wurden, haben ergeben, daß der wirtschaftliche Faktor, das heißt die Arbeitsmöglichkeit in der Stadt, weitaus stärker ist als die psychologischen Faktoren. Das dürfte auch bei uns der Fall sein. Ich denke zum Beispiel an die Zeit zurück, da die Stickerlei in Sankt Gallen darniederlag und Tausende von Sankt-Gallern nach Zürich zogen, um hier im Baugewerbe und anderwärts Arbeit und Verdienst zu finden. Daraus ist zu schließen, daß die

Dezentralisation der Industrie

das einzige wirkungsvolle Mittel gegen das stete Wachstum der großstädtischen Agglomerationen ist. (Agglomeration bedeutet Zusammenballung, Anhäufung. Unter dem Begriff der Agglomeration Zürich versteht man die Stadt zusammen mit den mit ihr wirtschaftlich eng zusammenhängenden Gemeinden der Umgebung.) Die Dezentralisierung der Industrie und damit der Arbeitsmöglichkeiten bewirkt auch eine willkommene Dezentralisation der Wohngebiete. Die Dezentralisation der Industrie ist aber nicht leicht zu erreichen. Wer einen neuen Fabrikbetrieb ins Leben rufen will, wählt dafür als Standort den Ort, der hinsichtlich der Rekrutierung des Personals, der Kosten der Zufuhr des Rohmaterials und des Abtransportes der Waren, des Kundendienstes usw. am günstigsten ist und die beste Rendite verspricht. Früher spielte bei der Wahl des Standortes die Beschaffung der Betriebskraft eine große Rolle, weshalb zahlreiche Fabriktetriebe sich da niederließen, wo ein Wasserkraftwerk die Betriebsenergie liefern konnte. Es ergab sich so von selbst eine gewisse Dezentralisation der Industrie, deren günstige Wirkungen heute noch spürbar sind. Seit aber die elektrische Energie sozusagen überall in dieser Weise erhältlich ist, spielt dieser Faktor keine Rolle mehr. In den meisten Fällen erweist

sich heute für den projektierten neuen Betrieb die Stadt oder ihre nächste Umgebung, bei uns also die Region Zürich, als der günstigste Standort. Der einzelne Unternehmer ist in der Regel nicht geneigt, diesen für ihn betriebswirtschaftlich günstigsten Standort mit einem weniger günstigen zu vertauschen, um der im öffentlichen Interesse liegenden Dezentralisation der Industrie zu dienen. Ausnahmen bestätigen die Regel. In England ist man daher dazu übergegangen, die Niederlassung eines neuen Betriebes in der Großstadtregion gesetzlich nur dann zuzulassen, wenn aus sehr gewichtigen Gründen eine Niederlassung außerhalb der Region nicht in Frage kommen kann. Andernfalls verbietet das zuständige Ministerium die Niederlassung in der Großstadtregion. Bei uns ist es zurzeit ausgeschlossen, daß das Volk einer solchen Beschränkung der Freiheit zustimmen würde. Selbst die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung postuliert kein solches Gesetz, sondern will sich mit Aufklärung und Belehrung begnügen. Ich kritisiere dies keineswegs, denn die Aufklärung ist wertvoll, und ohne sie wäre auch in einer fernen Zukunft, wo die Ausübung eines Zwanges sich einmal aufdrängen könnte, eine gesetzliche Regelung nicht erreichbar.

Unter den heutigen Umständen würde man sich aus den dargelegten Gründen einer bedenklichen Täuschung hingeben, wollte man annehmen, die industrielle Entwicklung der Region Zürich werde nicht weiterschreiten. Und weil die Dezentralisation der Wohnsiedlungen sich im allgemeinen parallel zu derjenigen der Industrie vollzieht, darf man sich auch nicht der Illusion hingeben, daß die Bevölkerung der Großstadtregion in der nächsten Zeit nicht weiterhin anwachsen werde. Weil jeder, der in der Stadt arbeitet, nicht allzu weit weg wohnen will, werden die leicht erreichbaren Gemeinden der Nachbarschaft als Wohngebiete bevorzugt, und so kommt es, daß diese

mit der Stadt zusammenwachsen

und die städtische Agglomeration, unbekümmert um die Gemeindegrenzen, immer größer wird. In England hat man durch Gesetz der Regierung alle rechtlichen und administrativen Kompetenzen zur Bildung ganz neuer Städte außerhalb der Großstadtregion erteilt. Man hat damit gewisse, relativ bescheidene Erfolge erzielt. In unserem dichtbebauten Lande ist dieser Weg nicht begehbar. Es ist auch nicht nötig, ganz neue Städte herzuzaubern. Man kann durch Dezentralisation der Industrie und der damit verbundenen Entwicklung bestehender Ortschaften zu selbständigen wirtschaftlichen Zentren zweiter Ordnung ungefähr das selbe erreichen. Natürlich ist in einer ganz neuen Stadt die Disposition der Verkehrswege, die Gliederung der Bebauung usw. viel leichter, als bei einer Ortschaft, deren überlieferter Teil den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entspricht.

Der idealen Bewegung «Neue Stadt» bringe ich volles Verständnis entgegen und wünsche ihr Erfolg, wenn ich auch mit der Skepsis und der Erfahrung des Alters nicht recht daran zu glauben vermag.

Man denke zum Beispiel nur daran, daß die Bildung einer neuen Stadt als selbständige Gemeinde auf Kosten des Gemeindegebietes bestehender Gemeinden erfolgen müßte, was ohne Aenderung von Gesetzen, in

manchen Kantonen sogar der Verfassung nicht möglich ist. Man denke auch an die Schwierigkeiten des Landerwerbes, zumal dafür das Expropriationsrecht kaum erhältlich wäre. Kann die neue Stadt doch Wirklichkeit werden, so ist damit nicht viel gewonnen. Denn sie bleibt ein vereinzelter Muster, das praktisch nicht in großer Zahl nachgemacht werden kann. Auf keinen Fall darf von der Bewegung «Neue Stadt» eine spürbare Verringerung des Wachstums der Städte erwartet werden.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir, der weitverbreiteten Meinung entgegenzutreten, die Behörden der Stadt Zürich hätten imperialistische Ziele und seien darauf erpicht, das Gebiet der Stadt auszuweiten und möglichst viele selbständige Nachbargemeinden zu verschlingen. Diese Meinung ist irrtümlich. Zürich ist schon längst groß und stark genug, um seine Bevölkerung der Vorteile einer Stadt als wirtschaftliches Zentrum mit ihren Bildungs- und Kunstanstalten und sozialen Einrichtungen teilhaftig werden zu lassen. Nach einer territorialen Ausdehnung, die erfahrungsgemäß mit Vermehrung der Lasten verbunden ist, besteht

in der Stadt kein Verlangen.

Aber dem natürlichen Wachstum der ortsansässigen Bevölkerung und dem Zuzug von außen, der angesichts des Rechtes der Bürger auf freie Niederlassung nicht verhindert werden kann, stehen die Behörden der Stadt wie der Vororte machtlos gegenüber. Sie sind auch verpflichtet, den Grundeigentümern innerhalb der Schranken des Baugesetzes und der Bauordnungen die bauliche Ausnutzung ihres Bodens zu gestatten.

Die erste Eingemeindung von 1893 wird niemand als Fehler bezeichnen wollen. Sie war nichts anderes als die Anpassung an eine sehr weit fortgeschrittene städtische Entwicklung, wo ein Finanzausgleich zwischen der Stadt und den Vororten und ein Zweckverband nicht mehr hätten genügen können. Nicht die Stadt forderte die Eingemeindung, sondern die notleidenden Vororte. Sie, die faktisch bereits zur Stadt gehörten und durch die Arbeit ihrer Einwohner zum Wohlstand der Stadt beitrugen, begehrten, dieser auch rechtlich und finanziell zugezählt zu werden. Ihre Stimmberechtigten stimmten mit gewaltigen Mehrheiten dem Zuteilungsgesetz zu, während es in der Stadt großer Anstrengungen weitblickender Männer, wie Dr. Escher und Dr. Usteri, bedurfte, um eine Zustimmung mit 60 gegen 40 Prozent zu erreichen.

Nach 1893 schritt die Entwicklung weiter. Wieder verwandelten sich bäuerliche Nachbargemeinden in rasch wachsende Vororte, und es war vorauszusehen, daß sie immer mehr mit der Stadt zu einer großen Agglomeration zusammenwachsen würden. Wiederum bestand die Gefahr, daß jede Gemeinde weiterhin sich auf die Wahrnehmung ihrer Eigeninteressen beschränken werde, und daß keine Vorsorge für die Bedürfnisse der kommenden größeren Stadtregion hinsichtlich Verkehr, Bebauung, Grünflächen usw. getroffen werde, daß man also den gleichen Fehler machen werde, wie vor 1893.

Der Stadtrat von Zürich errichtete es als seine Pflicht, die Wiederholung des früheren Fehlers nach Möglichkeit zu vermeiden, und sich zu bestreben, die zu erwartende und

zum Teil bereits eingetretene bauliche Ausdehnung der Stadt außerhalb ihres Gebietes in möglichst günstige Bahnen zu leiten, trotzdem ihre Kompetenzen an der Stadtgrenze aufhörten.

Er strebte keine Eingemeindung der neuen Vororte an, sondern beschritt einen Weg, den man heute, nur in etwas anderer Form, auch zu beschreiben im Begriffe ist. Auf seine Initiative veranstalteten nämlich die Stadt und 21 Nachbargemeinden, die damals etwa die Region Zürich ausmachten, einen Ideenwettbewerb über einen Bebauungsplan für das gesamte Gebiet der 22 Gemeinden.

Schon ein Jahr nach der Durchführung des Ideenwettbewerbs wurde das Problem der Eingemeindung aufs Tapet gebracht. Im Juni 1919 gelangten die Gemeinderäte von Oerlikon, Seebach, Schwamendingen und Affoltern, gestützt auf einstimmige Beschlüsse aller vier Behörden, an den Stadtrat von Zürich mit dem Ersuchen um Aufnahme von Verhandlungen mit ihnen über die Eingemeindung der vier Gemeinden. Zu gleicher Zeit stellten Albisrieden und Altstetten gleiche Gesuche. Als die statistischen Erhebungen und Untersuchungen, die der Stadtrat vor dem Eintreten auf Verhandlungen durchführen wollte, sich etwas hinauszogen, wurde man in den Vororten ungeduldig, und man startete im Jahre 1925 eine Volksinitiative auf Totalvereinigung von zwölf Gemeinden mit der Stadt, nämlich der acht Gemeinden, die 1934 zur Stadt kamen und die weiteren vier Gemeinden Zollikon, Oberegstringen, Kilchberg und Schlieren. Die Initiative wurde im Mai 1929 verworfen. 1931 wurde dann das Gesetz über die Eingemeindung von acht Vororten und über den kantonalen Finanzausgleich angenommen. In Seebach stimmten 99 Prozent der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger für die Eingemeindung, in Affoltern und Schwamendingen über 98 Prozent, selbst in Höggi, wo die Begeisterung weniger stark war, immer noch 71 Prozent; alle Vororte zusammen gaben 91 Prozent ihrer Stimmen dafür ab.

Man kann also nicht sagen, die Stadt habe die Vororte verschlungen wie ein Hecht zarte Forellen.

Neue Vorortbildung

Als der Stadtrat zu dem Eingemeindungsbegehren Stellung zu beziehen hatte, waren die Meinungen seiner Mitglieder geteilt. Fünf Mitglieder, nämlich zwei Freisinnige und drei Sozialdemokraten, äußerten sich zustimmend, vier, nämlich ein Freisinniger, zwei Demokraten und ein Grütlener, ablehnend. Eigentlich waren alle der Ansicht, daß die Stadt und die acht Vororte im Laufe einiger Jahrzehnte so eng zusammenwachsen werden, daß sich eine Eingemeindung als beste Lösung aufdrängen werde. Die Minderheit fand aber, man könne damit ruhig noch 10 bis 20 Jahre zuwarten, es sei dann immer noch früh genug. Wir von der Mehrheit waren im Gegenteil der Meinung, daß man die Eingemeindung, wenn man sie als künftige Notwendigkeit voraussehe, nicht früh genug vollziehen könne, damit man noch große Freiheit in der städtebaulichen Ausgestaltung habe und nicht alles schon durch eine bereits weit gediehene Ueberbauung präjudiziert sei.

Ein Rückblick auf die zwei Eingemeindungen läßt erkennen, daß die Forderung der Eingemeindung und der zähe Kampf für sie von den not-